



## ***Kurzbericht (neu)***

*über die*

**36. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses**

*am Mittwoch, dem 12. Juni 2013,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm zunächst Berichte des Innenministeriums über die **Auswirkungen der Ergebnisse des Microzensus 2011 auf die Kommunen in Schleswig-Holstein** auf Antrag der Abg. Petra Nicolaisen, [Umdruck 18/1263](#), und über **Überwachungspläne der Innenminister und der Bahn** auf der Grundlage des Antrags des Abg. Dr. Patrick Breyer, [Umdruck 18/1272](#), entgegen. Hieran schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes - Anpassung des manuellen Abrufs der Bestandsdaten nach dem Telekommunikationsgesetz an die verfassungsrechtlichen Vorgaben**, [Drucksache 18/713](#), und zu den dazu vorliegenden Änderungsanträgen fort. Die Ausschussmitglieder kamen überein, ihre Beratungen zu den Vorlagen in einer Sitzung am Donnerstag, 20. Juni 2013, 9 Uhr, abzuschließen und dem Landtag eine Beschlussempfehlung fürs Juni-Plenum zuzuleiten.

Die Ausschussmitglieder legten fest, in die schon beschlossene schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum **Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/119](#), auch die vorliegenden Änderungsanträge der Regierungskoalition, [Umdruck 18/1269](#), der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/1314](#), und der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/1318](#), mit einzubeziehen.

Nach einer kurzen Beratung wurde der Verfahrensantrag der Fraktion der CDU, die abschließende Befassung zu den beiden Gesetzentwürfen zur **Änderung des Besoldungsrechts**, [Drucksache 18/816](#) und [Drucksache 18/820](#), auf die nächste Woche zu vertagen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU und bei Enthaltung der FDP abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis beschloss der Ausschuss, zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes**, [Drucksache 18/816](#), und zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre**

**2013 und 2014**, [Drucksache 18/820](#), kein eigenes Votum gegenüber dem Finanzausschuss und dem Landtag abzugeben.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben nach § 802 k Abs. 1 Satz 2, 882 h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisführungsverordnung und § 7 Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder**, [Drucksache 18/834](#), ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme.

Er schloss sich außerdem dem vom Wirtschaftsausschuss beschlossenen Verfahren zur Beratung der **Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben**, Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/825](#), an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und in die Anhörung auch den angekündigten Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit einzubeziehen.

Die folgenden Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Bericht des Innenministers zum Aktionsplan „Integration“**

hierzu: [Drucksache 18/833](#)

(Die Berichterstattung soll schriftlich erfolgen; gegebenenfalls erfolgt ein Wiederaufruf nach der Sommerpause.)

- **Finanzielle Handlungsspielräume sichern: Altschulden tilgungsfonds für Land und Kommunen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/744](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/776](#)

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/835](#)

Schluss: 15:50 Uhr

gez. Dörte Schönfelder